

München, 25. Februar 2009

Tarifrunde 2009

BBB: Protestwelle in Bayern auf Hochtouren

Demonstrationen in München und Nürnberg am 20. Januar, 11./12./14. und 26. Februar 2009 sowie die heute begonnene dreitägige Mahnwache in München – die Protestwelle in Bayern im Rahmen der Tarifverhandlungen für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes der Länder läuft auf Hochtouren. Mit der Protestaktion in Nürnberg am 26. Februar 2009, der bis Freitag andauernden Mahnwache in München sowie weiteren bundesweiten Protestaktionen will der Beamtenbund mit anderen Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes im Hinblick auf die am 28. Februar 2009 anstehende vierte Verhandlungsrunde noch einmal klar machen, dass für gute Arbeit auch gutes Geld gezahlt werden muss. „Wir wollen ein Ergebnis, das sich mit dem Tarifabschluss für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes von Bund und Kommunen vom Frühjahr 2008 vergleichen lässt“, erklärt der Vorsitzende des Bayerischen Beamtenbundes (BBB), Rolf Habermann.

Der Deutsche Beamtenbund (dbb) ist mit der Forderung von 8 % - mindestens jedoch 200 Euro – in die Einkommensrunde gegangen. Diese Forderung betrifft die rund 800.000 Tarifbeschäftigten der Länder. Als einer von mehreren Indikatoren der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung wird das Tarifergebnis auch Auswirkungen für die ca. 200.000 Beamtinnen und Beamten sowie die 100.000 Versorgungsempfänger in Bayern haben.

„Das Ergebnis der Verhandlungen wird eine wichtige Richtschnur für die von uns längst geforderte Besoldungserhöhung sein“, so Habermann. „Die Beschäftigtengruppen müssen in punkto Bezahlung, aber auch hinsichtlich der Arbeitszeit endlich wieder gleichgestellt werden!“.

Bayern muss dafür Sorge tragen, dass die Gleichbehandlung der Beschäftigtengruppen in Sachen Bezahlung und Arbeitszeit wieder hergestellt wird. „Es stört das Arbeitsklima, wenn hier Unterschiede zwischen Arbeitnehmern und Beamten bestehen“, so der BBB-Chef. „Im Bereich der Arbeitszeit wurde der Gleichklang von der Bayerischen Staatsregierung einseitig aufgekündigt. Das muss bei der kommenden Besoldungsanpassung berücksichtigt werden“, verlangt Habermann. Bayerns Beamte arbeiten seit 1994 länger als die Tarifbeschäftigten. Zuletzt wurde ihre Arbeitszeit im Jahr 2004 auf bis zu 42 Stunden pro Woche ausgedehnt.

Die Beamtinnen und Beamten in Bayern werden ihre tarifbeschäftigten Kolleginnen und Kollegen bei den Protestaktionen auch weiterhin im Rahmen ihrer Möglichkeiten unterstützen.